

gleichheit und intersektionaler Perspektive gerecht. Hinsichtlich des Verständnisses von citizenship nehmen die empirischen Beiträge jedoch jeweils unterschiedliche Definitionen und theoretische Ansätze als Grundlage, was die Leser_innen mit der Frage zurücklässt, wie citizenship im Band letztlich verstanden wird.

Berit Gullikstad, Guro Korsnes Kristensen, Priscillia Ringrose (Hg.), 2016: *Paid Migrant Domestic Labour in a Changing Europe. Questions of Gender Equality and Citizenship*. London: Palgrave Macmillan. 266 S., ISBN: 978-1-137-51741-8.

Silke Staab

Gender and the Politics of Gradual Change. Social Policy Reform and Innovation in Chile

PATRICIA GRAF

Gender and the Politics of Gradual Change stellt eine umfassende Studie zum Wandel der chilenischen Sozialpolitik unter Geschlechterperspektive dar. *Silke Staab* verbindet eine dichte empirische Analyse mit einem institutionalistischen Forschungsprogramm. Dazu greift sie auf Ansätze der Politikfeldanalyse, der Wohlfahrtsstaatsforschung und des feministischen Institutionalismus zurück und entwirft einen breiten Rahmen, um den schrittweisen Wandel sowie institutionelle lock-ins der chilenischen Sozialpolitik zu analysieren. Den Kern des Buches bilden Analysen von vier zentralen, sozialpolitischen Reformprojekten.

Im ersten Kapitel widmet sich die Autorin dem Problemaufriss und zeigt, dass die Perspektive graduellen institutionellen Wandels Möglichkeitsfenster und AkteurInnenkonstellationen sichtbar machen kann, innerhalb derer Institutionen umgedeutet oder konserviert werden. Sozialpolitik dient dabei weniger als ‚genderspezifisches‘ Politikfeld. Vielmehr geht es darum, in diesem Feld mittels der Perspektive graduellen Wandels einen Blick auf „dynamics of continuity and change in gendered rules and practices that are not explicitly about gender, but do have important gendered effects“ (8) zu werfen. In Kapitel zwei wird der konzeptuelle Rahmen vorgestellt. Unter Rückgriff auf historischen und feministischen Institutionalismus kondensiert Staab vier Mechanismen des Umgangs mit Institutionen. „Displacement“ (31) meint die Verdrängung oder Ersetzung von Institutionen durch die offene Reaktivierung oder Kultivierung alternativer Institutionen, etwa des chilenischen Systems staatlicher Renten durch das Militärregime. Das Gegenteil dieses Mechanismus ist „Drift“ (32): Hier werden bestehende Institutionen einfach nicht mehr reformiert, sodass sie sich immer mehr von der gesellschaftlichen Wirklichkeit entfernen und irgendwann

obsolet werden. „Layering“ (33) beschreibt die Entwicklung neuer Institutionen parallel zu bestehenden. Die dadurch entstehende Konkurrenz, etwa zwischen privaten und staatlichen Gesundheitsversicherungsplänen, kann langfristig zur Unterminierung der ursprünglichen Institution führen. Der vierte Mechanismus, „Conversion“ (32), meint die schrittweise Anpassung bestehender Institutionen an die Interessen und Ideen neuer AkteurInnen. Während Displacement mit großer Sichtbarkeit stattfindet, wird Conversion oft hinter den Kulissen ausgehandelt und dient dazu, die Kosten größerer Wandlungsprozesse zu reduzieren.

Kapitel drei stellt die empirische Fundierung dieses Rahmens vor. Dazu wird auf die Besonderheiten der chilenischen Transition, v.a. des Wahlsystems und seiner Wirkung auf Reformen, hingewiesen. So führten etwa die autoritären Enklaven, d.h. institutionelle Überbleibsel der Militärdiktatur (wie bspw. noch während dieser ernannte durchweg männliche und konservative Senatoren) dazu, dass weitreichende Änderungen von Sozialpolitik, die Verfassungsänderungen bedurft hätten (etwa Legalisierung der Abtreibung), trotz einer sozialdemokratischen Regierung keine Mehrheit fanden. Gerüstet mit diesem Analyserahmen werden in den folgenden zentralen Kapiteln vier sozialpolitische Reformprojekte untersucht: Gesundheit, Renten, Kinderbetreuung und Mütterzeit. Die Reform des Gesundheitssystems unter Präsident Ricardo Lagos (2000-2004) wird als Beispiel für Layering dargestellt, d.h. als stückweise Reform, bei der das grundsätzliche System nicht angetastet wurde. Staab zeigt, wie Frauenrechtsorganisationen der Zugang zur Reformation des Gesundheitssystems erschwert wurde. In Konsequenz wurden weder geschlechtsspezifische Bedarfe noch zentrale Forderungen von Frauenorganisationen berücksichtigt – wie etwa die Abdeckung von Gesundheitsproblemen, die verbunden sind mit häuslicher Gewalt. Weitreichender fielen die Reformen des Rentensystems (2008) aus, was Staab vor allem dem Engagement von Michelle Bachelet zuschreibt, die bereits im Wahlkampf der Reform des Rentensystems Priorität eingeräumt hatte. Auch hier fand ein Layering statt, da umfassende Reformvorschläge im Kongress und Senat an einer Allianz von Wirtschaftsinteressen und rechten Parteien scheiterten. Der Kompromiss war die Einführung von Kinderboni ausschließlich für Frauen, wodurch ein traditionelles Geschlechterbild der sorgenden Mutter gestärkt wurde. Ähnlich fiel die Reform der Mütterzeit aus. Anstatt eines Displacements der Institution, wie etwa die Einführung einer Elternzeit, wurde lediglich die Möglichkeit für Väter geschaffen, ergänzend sechs Wochen Väterzeit zu nehmen. Die Reform der Kinderbetreuung ist dagegen ein Beispiel von „Conversion“. Bei der Policyreform wurden vor allem die Interessen des technokratisch bestimmten Finanzministeriums und des Planungsministeriums aufgegriffen, die die Ausweitung der Kinderbetreuung als Möglichkeit sahen, den Zugriff auf weibliche Fachkräfte zu erhöhen und die Zahl der armen Haushalte zu reduzieren. Eine bestehende Institution wurde somit mit neuen Ideen, in diesem Fall der liberalen Marktlogik, gefüllt. Hier zeigt Staab einmal mehr auf, wie das institutionelle Setting der Militärdiktatur und der Fokus auf technokratisch bestimmtes ExpertInnentum noch in der Ära Bachelet das Policymaking bestimmen.

Staab legt nicht nur die erste umfassende empirische Analyse der chilenischen Sozialpolitikreformen seit der Transition vor, sondern trägt ebenso zur Weiterentwicklung des Programms feministischer Institutionenforschung bei. Sie zeigt auf, dass auch Reformprojekte, die explizit mit dem Anspruch einer Geschlechterreform starten, im Kontext von konservativen AkteurInnenkonstellationen und bürokratischen Traditionen sogar zu einer gegenteiligen Wirkung führen und Geschlechterungerechtigkeit verfestigen können. Der angelegte Fokus auf Mechanismen des Umgangs mit Institutionen hätte in Staabs Studie noch durch die Analyse der Legitimierung der Reformen gestärkt werden können, was aber eines stärkeren regimetheoretischen Zugangs bedurft hätte.

Silke Staab, 2017: *Gender and the Politics of Gradual Change. Social Policy Reform and Innovation in Chile*. Reihe Gender and Politics. New York: Palgrave Macmillan. 254 S., ISBN 978-3-319-34155-2.

Johanna Kantola, Emanuela Lombardo (Hg.)

Gender and the Economic Crisis in Europe. Politics, Institutions and Intersectionality

ALEXANDRA SCHEELE

Vor knapp zehn Jahren löste die Insolvenz der Bank „Lehman Brothers“ in den USA eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Diese Krise, die sich wellenförmig zunächst auf die Realwirtschaft und den Arbeitsmarkt ausbreitete, sich dann in zahlreichen Staaten zu einer Fiskalkrise entwickelte, auf die mit austeritätspolitischen Maßnahmen reagiert wurde, und schließlich in einer politischen Krise sowohl in einigen Nationalstaaten als auch auf der Ebene der Europäischen Union mündete, ist – so auch der Ausgangspunkt dieses Sammelbandes – in mehrfacher Hinsicht vergeschlechtlicht.

Johanna Kantola und *Emanuela Lombardo* identifizieren in ihrer Einleitung fünf unterschiedliche Zugänge, mit denen diese Vergeschlechtlichungsprozesse analysiert werden können (3ff.): (1) „Frauen und Krise“ – Darunter fassen sie jene Analysen, die die Auswirkungen der Krise sowie der nachfolgenden Austeritätspolitiken auf Frauen und Männer untersuchen und darüber hinaus der Frage nachgehen, inwieweit die Unterrepräsentation von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungspositionen und die Krisenursachen miteinander in Verbindung stehen. (2) „Geschlecht und Krise“ – In dieser Perspektive wird der Blick auf vergeschlechtlichte Institutionen und Vergeschlechtlichungsprozesse ebenso gerichtet